

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Genug ist genug! Die Stadt darf sich nicht länger von kriminellen Aktivist*innen in Geiselschaft nehmen lassen!

Einmal mehr griffen kriminelle Aktivist*innen aus dem Umfeld der Reithalle die Polizei an. Sie bereiteten ihre Aktion minutiös und perfide vor. Die heimtückischen Täter blockierten während Stunden die Strassen im Raum Bollwerk, legten Feuer und warfen Brandsätze und Steine und Flaschen gegen die Angehörigen der Notfalldienste. Die Polizei- sowie selbst Angehörige der Rettungsdienste wurden bei ihrem Einsatz massiv an Leib und Leben gefährdet. Zusätzlich setzten die kriminellen Aktivist*innen perfide Laserpointer gegen die Polizei und Rettungskräfte ein. Diese Waffen können schwerste Augenschäden verursachen. Dabei wurden von den kriminellen Aktivist*innen zusätzlich mutwillig Schäden in grosser Höhe verursacht. Die Verletzung der vielen Besucher der Reithalle während der Aktionen wurde ebenfalls bewusst in Kauf genommen. Es bestand die Gefahr, dass Brände auf die Gebäude unter Denkmalschutz hätten übergreifen können, zumal selbst der Einsatz der Feuerwehr bekämpft wurde.

Die Reithalle wurde erneut als Schutzschild und Bereitschaftsraum für diese heimtückischen Angriffe auf die Notfalldienste missbraucht. Rechtsfreie Räume in der Stadt dürfen nicht mehr länger toleriert werden. Es bestehen Anzeichen, dass die Krawalle in Zusammenhang mit der Räumung des von Fabrikool besetzten Areal stehen könnten. Es wurde jedenfalls – für den Fall der Räumung sogar mit Krawallen gedroht. Es gilt solche unhaltbaren Zustände in der Stadt Bern zu verhindern (vgl. dazu Dringliche Motion Fraktion SVP vom 16.5.2019, Alexander Feuz, SVP und Janosch Weyermann, SVP, Keine Zwischennutzung mehr für Vertragsbrecher und für Besetzer!).

Aufgrund der wiederholten kriminellen Aktionen muss davon ausgegangen werden, dass die Reithalle – ob mit oder ohne Zustimmung der Betreiber bleibe hier dahingestellt – als Bereitschaftsraum und Rückzugsraum schwer krimineller Aktivist*innen missbraucht wird. Es ist allerdings angesichts der für den Barrikadenbau erforderlichen Vorbereitungen erstaunlich, dass die Betriebe nichts davon mitbekommen haben sollen. Dies zumal auch schon bei früheren Aktionen Steine auf dem Dach der Reithalle deponiert wurden,

Angesichts der von «barrikade» weiter angekündigten Aktionen, muss leider mit weiterer Eskalationen in der Stadt Bern gerechnet werden. Die Gruppe beruft sich auf die Ereignisse im Jahre 2017 beim «EffY29», bei der das Objekt von den kriminellen Aktivist*innen mit Sprengfallen gesichert wurde. Dabei wurde sogar der Tod von Einsatzkräften bewusst in Kauf genommen

<https://barrikade.info/article/2289>.

Gemäss der Praxis und Rechtsprechung werden Lokale und Betriebe, von denen eine grosse Gefahr auf die Allgemeinheit ausgeht und die trotz wiederholten Ermahnungen diesen Zuständen nicht Einhalt gebieten wollen oder Einhalt gebieten können, behördlich geschlossen. In Burgdorf wurde aus diesem Grund ein Lokal zugemacht.

Der Schutz der Besucher der Reithalle, der Passanten und der Einsatzkräfte muss höchste Priorität erlangen. Dies kann nur sichergestellt werden, wenn die von den Motionären beantragten Sofortmassnahmen durchgeführt werden.

Besondere Erfolgsaussichten messen die Motionäre den Punkten 3. und 4. zu. Insbesondere im Hinblick auf die Akzeptanz im Rat wurde insbesondere die Ziffer 4 moderat formuliert, sodass zumindest betreffend diesen Punkt rasch die nötigen Massnahmen eingeleitet werden können.

Der Gemeinderat wird zu folgenden Massnahmen aufgefordert:

Es wird dabei Punktweise Abstimmung beantragt, insbesondere damit die Fraktionen auch den weniger umstrittenen Ziffern 3 und 4 zustimmen können.

1. Die Stadt Bern schliesst die Reithalle als Sofortmassnahme temporär.

2. Die Stadt sistiert im Sinne einer Sofortmassnahme sämtliche ihrer Zahlungen und Leistungen an die Reithalle (IKUR) und Grossen Halle bis auf weiteres.
3. Der Gemeinderat leitet umgehend die in den bestehenden Leistungsverträgen vorgesehenen Schritte zur Einleitung der Kündigung, eventuell Anpassung der Verträge (zum Beispiel hinsichtlich Festlegung klarer Verantwortlichkeiten, Abkehr Einstimmigkeitsprinzip bei der Reithalle, Einhaltung Rechtsordnung, garantierte Zusammenarbeit mit Polizei, wie in anderen Gastwirtschaftsbetrieben, Schliessung Betriebe bei gewalttätigen Demos, funktionierender Sicherheitsdienst etc.) ein.
4. Der Gemeinderat ändert und führt griffigere Bestimmungen in den neuen Leistungsvertrag ein, die insbesondere sicherstellen, dass im Rahmen der Sicherheitsvereinbarungen ein funktionierender Sicherheitsdienst eingesetzt wird, der mit der Polizei zusammen und nicht gegen die Polizei arbeitet, dass eine wirksame Eingangskontrolle besteht, die Gewähr dafür bietet, und dass in kritischer Phasen keine Gewalttäter rein- und rausgehen können.

Begründung der Dringlichkeit

Angesichts der gravierenden Ereignisse fordern die Motionäre die Einleitung von Sofortmassnahmen im Sinne eines Marschhaltes. Es besteht die Gefahr des wachsenden Schadens, wenn mit diesen Entscheiden weiter zugewartet werden sollte. Der Gemeinderat wird zum raschen Handeln aufgefordert. Wenn erst in 12-18 Monaten über die Einleitung Sofortmassnahmen entschieden werden kann, werden diese obsolet und die nötigen Sanktionen greifen nicht mehr. Auch bei gewalttätigen Hooligans und bei der Erziehung von jungen Hunden müssen sofort nach dem Ereignis Sanktionen ergriffen werden, damit ein Lerneffekt eintritt.

Zudem muss insbesondere im Hinblick auf die Haltung des Gemeinderates zu den neuen Leistungsverträgen in dieser Sache rasch ein Entscheid gefällt werden. Dem Vernehmen nach werden die neuen Leistungsverträge bald im Gemeinderat beraten. Danach wird auch der Stadtrat darüber befinden. Die Motion muss unbedingt vorher behandelt werden, da Anpassungen gefordert werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 23. Mai 2019

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Janosch Weyermann, Thomas Glauser

Mitunterzeichnende: Ruth Altmann